

Stadt Vreden



**Hauptsatzung der Stadt Vreden
vom
18. Dezember 2012**

Änderungen der Satzung

Lfd. Nr.	Ändernde Satzung	Ratsbeschluss i. d. Sitzung am	Datum	Geänderte Paragraphen	Art der Änderung
1.	Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Vreden Bekannt gemacht am 03.05.13	23.04.13	30.04.13	§ 9 Abs. 2 Satz 5	hinzugefügt
2.	Dto. Rückwirkend zum 25.06.14 in Kraft getreten	25.06.14	01.07.14	§ 11 Abs. 5	geändert
3.	Dto. Zum 18.12.14 in Kraft getreten	12.12.14	16.12.14	§ 8 Abs. 6 § 13 Abs. 3	geändert
4.	Dto. Zum 01.01.2017 in Kraft getreten	16.12.16	20.12.16	§ 9 Abs. 3 § 9 Abs. 4 § 9 Abs. 5	geändert, hinzugefügt, hinzugefügt
5.	Dto. Zum 01.01.2017 in Kraft getreten	21.02.17	28.02.17	§ 9 Abs. 5	geändert
6.	Dto. Zum 01.11.2020 in Kraft getreten	18.11.20	19.11.20	§ 9 Abs. 5	geändert
7.	Dto. bekannt gemacht am 30.12.2020	18.12.2020	23.12.20	§ 3, § 5, § 7, § 8 Abs. 5, § 13 Abs. 1, § 14	geändert, geändert, geändert, geändert, geändert
8.	Dto. bekannt gemacht am 24.03.2022	17.02.2022	02.03.22	§ 5 Abs. 4 - 8 § 13 § 14	geändert, geändert, geändert
9.	Dto. bekannt gemacht am 22.12.2023 Zum 01.01.2024 in Kraft getreten	15.12.2023	19.12.23	§ 4 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 § 5 Abs. 1, 3 § 8 Abs. 6 § 9 Abs. 3 a), d) e)	hinzugefügt geändert geändert geändert entfällt

Inhaltsverzeichnis

Präambel	2
§ 1 Name, Bezeichnung, Gebiet.....	3
§ 2 Wappen, Flagge, Siegel	3
§ 3 Gleichstellung der Geschlechter.....	3
§ Unterrichtung der Einwohner.....	4
§ 5 Anregungen und Beschwerden	5
§ 6 Bezeichnung des Rates und der Ratsmitglieder.....	6
§ 7 Dringlichkeitsentscheidungen	6
§ 8 Ausschüsse	6
§ 9 Aufwandsentschädigung, Verdienstausfallersatz	7
§ 10 Genehmigung von Rechtsgeschäften.....	8
§ 11 Bürgermeister/Bürgermeisterin.....	9
§ 12 Beigeordneter/Beigeordnete	9
§ 13 Öffentliche Bekanntmachungen.....	9
§ 14 Zuständigkeit für dienstrechtliche Entscheidungen.....	10
§ 15 Inkrafttreten	10

Präambel

Aufgrund von § 7 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. § 41 Abs. 1 Satz 2 Bstb. f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW 1994, S. 666 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. Oktober 2012 (GV. NRW S. 474), hat der Rat der Stadt Vreden am 14. Dezember 2012 mit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder des Rates die folgende Hauptsatzung beschlossen:

§ 1

Name, Bezeichnung, Gebiet

Vreden, aus der Gründung des freiweltlichen, hochadeligen sächsischen Damenstiftes auf einem der Haupthöfe Widukinds entstanden, wird nachweislich erstmalig in den Xantener Annalen erwähnt. Dort wird aus dem Jahr 839 berichtet, dass die Reliquien der Heiligen Felicitas, Felicissimus und Agapitus von Xanten nach Vreden überführt wurden, und zwar in eine, wie bei den Ausgrabungen 1950/51 festgestellt, um das Jahr 800 erbaute karolingische Basilika, dem größten und ältesten Kirchenbau im Missionsgebiet östlich des Rheins. Als Sitz des sächsischen Gau grafen des Hamalandes und als Begräbnisstätte des Widukindgeschlechtes wird Vreden um das Jahr 1000 mehrmals als "Civitas" bezeichnet. Diese Tatsache und das in einer Urkunde vom Jahr 1252 getroffene Übereinkommen der Landesherrn, die Stadt Vreden zu befestigen, stellen Vreden in die Reihe der gewachsenen Städte, zu deren Stadtwerdung es keiner besonderen Verleihungsurkunde bedurfte. Zur Stadt Vreden gehörte jahrhundertlang das Vredener Land, das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Gemeinde Ammeloe selbstständig wurde. Durch den Gebietsänderungsvertrag vom 06. Februar 1969, der aufgrund des Gesetzes vom 24. Juni 1969 (GV. NRW. 1969, S. 336) am 01. Juli 1969 in Kraft trat, haben sich die alte Stadt Vreden und die alte Gemeinde Ammeloe zu einer neuen Gemeinde mit dem Namen Vreden und der Bezeichnung Stadt zusammengeschlossen.

§ 2

Wappen, Flagge, Siegel

- (1) Der Stadt ist mit Urkunde des Regierungspräsidenten in Münster vom 14. September 1973 das Recht zur Führung eines Wappens verliehen worden. Beschreibung des Wappens:

Auf blauem Grund in Gold (Gelb) die Heiligen Petrus mit aufgerichtetem silbernen (weißen) Schlüssel und Paulus mit aufgerichtetem silbernen (weißen) Schwert als Schildhalter eines von silber (weiß) zu blau gespaltenen Schildes, der vorn ein durchgehendes schwarzes Kreuz, hinten einen goldenen (gelben) Balken zeigt.

- (2) Der Stadt ist mit eben dieser Urkunde das Recht zur Führung einer Flagge verliehen worden. Die Flagge ist in zwei gleich breiten Bahnen von blau und gelb längs gestreift und zeigt in der Mitte der oberen Hälfte das Stadtwappen im Schild.
- (3) Die Stadt führt ein Dienstsiegel mit dem Stadtwappen.

Das Dienstsiegel wird in zwei Größen geführt. Es gleicht in Form und Größen dem dieser Hauptsatzung begedrückten Siegel.

§ 3

Gleichstellung der Geschlechter

- (1) Der Bürgermeister/Die Bürgermeisterin bestellt eine hauptamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte.

- (2) Der Bürgermeister/Die Bürgermeisterin bestellt eine Stellvertreterin der Gleichstellungsbeauftragten für den Aufgabenbereich der §§ 17, 18, 19 Abs. 1 LGG.
- (3) Die Gleichstellungsbeauftragte wirkt bei allen Vorhaben und Maßnahmen der Gemeinde mit, die die Belange von Frauen berühren oder Auswirkungen auf die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Anerkennung ihrer gleichberechtigten Stellung in der Gesellschaft haben. Dies sind insbesondere soziale, organisatorische und personelle Maßnahmen, einschließlich Stellenausschreibungen, Auswahlverfahren und Vorstellungsgespräche; die Gleichstellungsbeauftragte wirkt insbesondere bei der Aufstellung und Änderung des Gleichstellungsplans sowie bei der Erstellung des Berichts über die Umsetzung des Gleichstellungsplans mit.
- (4) Der Bürgermeister/Die Bürgermeisterin unterrichtet die Gleichstellungsbeauftragte über geplante Maßnahmen gemäß Abs. 3 rechtzeitig und umfassend.
- (5) Die Gleichstellungsbeauftragte kann, soweit Beratungsgegenstände ihres Aufgabenbereiches behandelt werden, an Sitzungen des Verwaltungsvorstands, des Rates und seiner Ausschüsse teilnehmen.
- (6) Ihr ist auf Wunsch das Wort zu erteilen. Sie kann die Öffentlichkeit über Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches unterrichten. Hierüber ist der Bürgermeister/die Bürgermeisterin vorab zu informieren.
- (7) Die Entscheidung, ob ein Beratungsgegenstand eine Angelegenheit des Aufgabenbereiches der Gleichstellungsbeauftragten ist, obliegt dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin bzw. bei Ausschusssitzungen dem/der Ausschussvorsitzenden.
- (8) Die Vorlagen und Vorinformationen zu Beratungsgegenständen, die den übrigen Rats- bzw. Ausschussmitgliedern zugesandt werden, sind spätestens gleichzeitig auch der Gleichstellungsbeauftragten zuzuleiten, sofern Angelegenheiten ihres Aufgabenbereichs in Frage stehen.
- (9) Die Gleichstellungsbeauftragte kann in Angelegenheiten, die ihren Aufgabenbereich berühren, den Beschlussvorlagen des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin widersprechen; in diesem Fall hat der Bürgermeister/die Bürgermeisterin den Rat zu Beginn der Beratung auf den Widerspruch und seine wesentlichen Gründe hinzuweisen.

§ 4

Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner

- (1) Der Rat unterrichtet die Einwohnerinnen und Einwohner über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Stadt. Die Unterrichtung hat möglichst frühzeitig zu erfolgen. Über die Art und Weise der Unterrichtung (z. B. Hinweis in der örtlichen Presse, öffentliche Anschläge, schriftliche Unterrichtung aller Haushalte, Durchführung besonderer Informationsveranstaltungen, Abhaltung von Einwohnerversammlungen) entscheidet der Rat von Fall zu Fall.
- (2) Eine Einwohnerversammlung soll insbesondere stattfinden, wenn es sich um Planungen oder Vorhaben der Stadt handelt, die die strukturelle Entwicklung der

Stadt unmittelbar und nachhaltig beeinflussen oder die mit erheblichen Auswirkungen für eine Vielzahl von Einwohnern und Einwohnerinnen verbunden sind. Die Einwohnerversammlung kann auf Teile des Stadtgebietes beschränkt werden.

- (3) Hat der Rat die Durchführung einer Einwohnerversammlung beschlossen, so setzt der Bürgermeister/die Bürgermeisterin Zeit und Ort der Versammlung fest und lädt alle Einwohnerinnen und Einwohner durch öffentliche Bekanntmachung ein. Die in der Geschäftsordnung für die Einberufung des Rates festgelegten Ladungsfristen gelten entsprechend. Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin führt den Vorsitz in der Versammlung. Zu Beginn der Versammlung unterrichtet der Bürgermeister/die Bürgermeisterin die Einwohnerinnen und Einwohner über Grundlagen, Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung bzw. des Vorhabens. Anschließend haben die Einwohnerinnen und Einwohner Gelegenheit, sich zu den Ausführungen zu äußern und sie mit den vom Rat zu bestimmenden Ratsmitgliedern aller Fraktionen und dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin zu erörtern.
Eine Beschlussfassung findet nicht statt. Der Rat ist über das Ergebnis der Einwohnerversammlung in seiner nächsten Sitzung zu unterrichten.
- (4) Die dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin aufgrund der Geschäftsordnung obliegende Unterrichtungspflicht bleibt unberührt.

§ 5 Anregungen und Beschwerden

- (1) Einwohnerinnen und Einwohner, die seit drei Monaten in der Gemeinde wohnen, haben das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen in Textform nach § 126b BGB mit Anregungen oder Beschwerden an den Rat zu wenden. Anregungen und Beschwerden müssen Angelegenheiten betreffen, die in den Aufgabenbereich der Stadt fallen. Ist die Anregung oder Beschwerde von mehr als 10 Personen unterzeichnet, so muss sie eine Person benennen, die berechtigt ist, die Unterzeichnenden zu vertreten.
- (2) Anregungen und Beschwerden, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt fallen, sind vom Bürgermeister/von der Bürgermeisterin an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Der Antragsteller/Die Antragstellerin ist hierüber zu unterrichten.
- (3) Eingaben von Einwohnerinnen und Einwohnern, die
1. weder Anregungen noch Beschwerden zum Inhalt haben (z. B. Fragen, Erklärungen, Ansichten etc.),
 2. inhaltlich mit bereits früher eingereichten Anregungen oder Beschwerden identisch sind,
 3. den Inhalt eines Strafgesetzes erfüllen oder
 4. als rechtsmissbräuchliche Inanspruchnahme von öffentlichen Stellen anzusehen sind,
- sind ohne Beratung vom Bürgermeister/von der Bürgermeisterin zurückzugeben.
- (4) Für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden ist der Ausschuss zuständig, dem die Aufgabe nach der Zuständigkeitsordnung zugewiesen ist. Der zuständige Ausschuss entscheidet über Anregungen und Beschwerden im Rahmen

seiner Entscheidungsbefugnisse abschließend oder überweist diese an eine zur Entscheidung berechnigte Stelle. Bei der Überweisung kann der Ausschuss Empfehlungen aussprechen, an die die zur Entscheidung berechnigte Stelle nicht gebunden ist.

- (5) Dem Rat sind Anregungen und Beschwerden zur Kenntnis zu geben.
- (6) Das Recht des Rates, die Entscheidung einer Angelegenheit, die den Gegenstand einer Anregung oder Beschwerde bildet, an sich zu ziehen (§ 41 Abs. 2, 3 GO NRW), bleibt unberührt.
- (7) Dem Antragsteller/Der Antragstellerin kann im Einzelfall aufgegeben werden, Anregungen oder Beschwerden in der für eine ordnungsgemäße Beratung erforderlichen Anzahl einzureichen, sofern eine Vervielfältigung seitens der Gemeinde nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand oder unverhältnismäßig hohen Kosten möglich wäre. Die Beratung kann in diesen Fällen bis zur Einreichung der notwendigen Unterlagen ausgesetzt werden.
- (8) Der Antragsteller/Die Antragstellerin ist über den Zeitpunkt der Beratung in dem nach Abs. 4 zuständigen Ausschuss durch den Bürgermeister/die Bürgermeisterin zu informieren. Anregungen und Beschwerden sind auf die Tagesordnung des nach Abs. 4 zuständigen Ausschusses aufzunehmen, wenn diese dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin in Textform (Papier oder elektronisch, jeweils mit Unterschrift versehen) spätestens am 10. Tag vor dem Sitzungstag zugehen.

§ 6

Bezeichnung des Rates und der Ratsmitglieder

- (1) Der Rat führt die Bezeichnung: „Rat der Stadt Vreden“
- (2) Die Ratsmitglieder führen die Bezeichnung „Ratsherr“ bzw. „Ratsfrau“

§ 7

Dringlichkeitsentscheidungen

Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses oder des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin mit einem Ratsmitglied (§ 60 Abs. 1 und 3 GO NRW) bedürfen der Schriftform.

§ 8

Ausschüsse

- (1) Der Rat beschließt, welche Ausschüsse außer den in der Gemeindeordnung oder in anderen gesetzlichen Vorschriften vorgeschriebenen Ausschüssen gebildet werden. Die Zahl der Ausschussmitglieder soll ungerade sein.
- (2) Die Ausschüsse werden ermächtigt, in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches die Entscheidungen dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin zu übertragen.

- (3) Der Rat kann sich durch Ratsbeschluss für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehalten.
- (4) Der Rat kann für die Arbeit der Ausschüsse allgemeine Richtlinien aufstellen.
- (5) Die Aufgaben des Finanzausschusses werden vom Hauptausschuss wahrgenommen. Dieser führt die Bezeichnung "Haupt- und Finanzausschuss".
- (6) Die Aufgaben, die sich aus dem Denkmalschutzgesetz vom 13. April 2022 in der zurzeit gültigen Fassung ergeben, werden zur Vorbereitung von Entscheidungen an den Bildungs-, Sport- und Kulturausschuss übertragen. Soweit Angelegenheiten des Denkmalschutzes beraten werden, sollen an den Ausschusssitzungen sachverständige Bürger/Bürgerinnen mit beratender Stimme teilnehmen.

§ 9

Aufwandsentschädigung, Verdienstauffallersatz

- (1) Die Mitglieder des Rates erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form eines monatlichen Pauschalbetrages und ein Sitzungsgeld nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung (EntschVO) für die Teilnahme an Rats-, Ausschuss-, Fraktionssitzungen. Die Anzahl der Fraktionssitzungen, für die das Sitzungsgeld gezahlt wird, wird auf 25 Sitzungen im Jahr beschränkt.
- (2) Sachkundige Bürger/Bürgerinnen, sachverständige Bürger/Bürgerinnen und sachkundige Einwohner/Einwohnerinnen erhalten für die Teilnahme an Ausschuss- und Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld nach Maßgabe der EntschVO. Dies gilt unabhängig vom Eintritt des Vertretungsfalles auch für die Teilnahme an Fraktionssitzungen als stellvertretendes Ausschussmitglied. Die Anzahl der Fraktionssitzungen, für die das Sitzungsgeld gezahlt wird, wird auf 25 Sitzungen im Jahr beschränkt.
Die Mitglieder des Rates erhalten Sitzungsgeld auch für die Teilnahme an einer Einwohnerversammlung als vom Rat benanntes Mitglied.

Für die Teilnahme an Sitzungen anderer städtischer Gremien bestehen Ansprüche auf Sitzungsgeld nur dann, soweit dies im Zusammenhang mit ihrer Einrichtung bzw. Bestimmung der Mitglieder durch Ratsbeschluss bestimmt wird.

- (3) Rats- und Ausschussmitglieder haben Anspruch auf Ersatz des Verdienstauffalls, der ihnen durch die Mandatsausübung entsteht, soweit sie während der Arbeitszeit erforderlich ist. Der Anspruch besteht auch für maximal 8 Arbeitstage je Wahlperiode im Falle der Teilnahme an kommunalpolitischen Bildungsveranstaltungen, die der Mandatsausübung förderlich sind. Der Verdienstauffall wird für jede Stunde der versäumten Arbeitszeit berechnet, wobei die letzte angefangene Stunde voll zu rechnen ist. Der Anspruch wird wie folgt abgegolten:
 - a) Alle Rats- und Ausschussmitglieder erhalten einen Regelstundensatz, es sei denn, dass sie ersichtlich keine finanziellen Nachteile erlitten haben. Der Regelstundensatz wird auf den jeweils gesetzlich geltenden Mindestlohn festgesetzt.

- b) Unselbstständigen wird im Einzelfall der den Regelstundensatz übersteigende Verdienstaufschlag gegen entsprechenden Nachweis, z.B. durch Vorlage einer Bescheinigung des Arbeitgebers, ersetzt.
 - c) Selbstständige können eine besondere Verdienstaufschlagpauschale je Stunde erhalten, sofern sie einen den Regelsatz übersteigenden Verdienstaufschlag glaubhaft machen. Die Glaubhaftmachung erfolgt durch eine schriftliche Erklärung über die Höhe des Einkommens, in der die Richtigkeit der gemachten Angaben versichert wird.
 - d) Personen, die nicht oder weniger als 20 Stunden pro Woche erwerbstätig sind, jedoch einen Haushalt von mindestens zwei Personen, wovon eine Person ein pflege- oder betreuungsbedürftiger Angehöriger ist, oder einen Haushalt von mindestens drei Personen führen, erhalten anstelle des Verdienstaufschlags eine Entschädigung in Form eines Stundenpauschalsatzes. Aufwendungen für die entgeltliche Betreuung von pflege- oder betreuungsbedürftigen Angehörigen während der Ausübung des Mandats werden erstattet.
- (4) Stellvertretende Bürgermeister/Bürgermeisterinnen nach § 67 Abs. 1 GO NRW und Fraktionsvorsitzende - bei Fraktionen mit mindestens acht Mitgliedern auch ein stellvertretender Vorsitzender/eine stellvertretende Vorsitzende, mit mindestens 16 Mitgliedern auch 2 stellvertretende Vorsitzende und mit mindestens 24 Mitgliedern auch 3 stellvertretende Vorsitzende - erhalten neben den Entschädigungen, die den Ratsmitgliedern nach § 45 GO NRW zustehen, eine Aufwandsentschädigung nach § 46 GO NRW i. V. m. der EntschVO.
- (5) Bis auf den Bau-, Planungs- u. Umweltausschuss werden sämtliche Ausschüsse des Rates der Stadt Vreden von der Zahlung einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende gemäß § 46 Abs. 1 der Gemeindeordnung ausgenommen.

§ 10

Genehmigung von Rechtsgeschäften

- (1) Verträge der Stadt mit Mitgliedern des Rates oder der Ausschüsse sowie mit dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin und den leitenden Dienstkräften der Stadt bedürfen der Genehmigung des Rates.
- (2) Keiner Genehmigung bedürfen:
- a) Verträge, die auf der Grundlage feststehender Tarife abgeschlossen werden
 - b) Verträge, denen der zuständige Ausschuss auf der Grundlage einer von der Stadt vorgenommenen Ausschreibung zugestimmt hat,
 - c) Verträge, deren Abschluss ein Geschäft der laufenden Verwaltung (§ 41 Abs. 3 GO) darstellt.
- (3) Leitende Dienstkräfte i. S. dieser Vorschrift sind der Bürgermeister/die Bürgermeisterin, der I. Beigeordnete/die I. Beigeordnete.

§ 11 Bürgermeister/Bürgermeisterin

- (1) Geschäfte der laufenden Verwaltung gelten im Namen des Rates als auf den Bürgermeister/die Bürgermeisterin übertragen, soweit nicht der Rat sich oder einem Ausschuss für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehält. Nähere Einzelheiten sind in der Zuständigkeitsordnung der Stadt Vreden festgelegt.
- (2) Im Übrigen hat der Bürgermeister/die Bürgermeisterin nach pflichtgemäßem Ermessen darüber zu entscheiden, welche Angelegenheiten als Geschäfte der laufenden Verwaltung anzusehen sind.
- (3) Der Bürgermeister/Die Bürgermeisterin trägt bei feierlichen Anlässen eine Amtskette.
- (4) Bei besonders geeigneten Anlässen wird das Stadtzepter geführt.
- (5) Der Rat wählt aus seiner Mitte ohne Aussprache drei ehrenamtliche Stellvertreter oder Stellvertreterinnen des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin.

§ 12 Beigeordneter/Beigeordnete

Es wird ein hauptamtlicher Beigeordneter bzw. eine hauptamtliche Beigeordnete gewählt. Der oder die Gewählte ist allgemeiner Vertreter/Vertreterin des Bürgermeisters /der Bürgermeisterin und führt die Amtsbezeichnung „I. Beigeordneter“ bzw. „I. Beigeordnete“.

§ 13 Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt, die durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben sind, werden im „Amtsblatt der Stadt Vreden“ vollzogen. Darüber hinaus wird das Amtsblatt der Stadt Vreden auf der Homepage der Stadt Vreden veröffentlicht, ohne dass dies für die rechtliche Wirkung notwendig ist.
- (2) Zeit, Ort und Tagesordnung der Ausschusssitzungen werden durch Aushang an der Anschlagtafel am Rathaus, Burgstraße 14 (Haupteingang Alstätter Straße) öffentlich bekannt gemacht sowie auf der Internetseite der Stadt Vreden unter www.vreden.de veröffentlicht. Bei der Bestimmung der Dauer des Aushangs sind die in der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Vreden festgelegten Ladungsfristen zu beachten. Auf den einzelnen Aushängen sind der Zeitpunkt des Aushangs und der Zeitpunkt der Abnahme zu bescheinigen. Die Abnahme darf frühestens am Tage nach der Ausschusssitzung erfolgen.
- (3) Sind öffentliche Bekanntmachungen nach Abs. 1 infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so erfolgt die Bekanntmachung ersatzweise durch Aushang an der Anschlagtafel am Rathaus der Stadt Vreden, Burgstraße 14 (Haupteingang Alstätter Straße). Ist der Hinderungsgrund

entfallen, wird die öffentliche Bekanntmachung nach Abs. 1 unverzüglich nachgeholt.

§ 14 **Zuständigkeit für dienstrechtliche** **Entscheidungen**

- (1) Die beamten-, arbeits- und tarifrechtlichen Entscheidungen trifft der Bürgermeister/die Bürgermeisterin (§ 73 Abs. 3 Satz 1 GO NRW).
- (2) Abweichend von Abs. 1 werden Entscheidungen des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin über Fachbereichsleiter/Fachbereichsleiterinnen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis (Einstellung, Ernennung, Entlassung, Zuruhesetzung) oder das Arbeitsverhältnis einer/eines Bediensteten (Abschluss, Änderung, Kündigung, Aufhebung von Arbeitsverträgen) verändern, im Einvernehmen mit dem Rat getroffen, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Kommt eine Mehrheit für das Einvernehmen nicht zu Stande, kann der Rat die Entscheidung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder treffen; der Bürgermeister/die Bürgermeisterin stimmt bei dieser Entscheidung nicht mit. Kommt diese Mehrheit nicht zustande, bleibt es bei der Entscheidung des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin. Die Entscheidungen nach diesem Absatz werden in nichtöffentlicher Sitzung beraten und beschlossen.

§ 15 **Inkrafttreten**

Die Hauptsatzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung in der Fassung vom 30. März 2011 außer Kraft.



Die Hauptsatzung wurde im Amtsblatt Nr. 13/2012, ausgegeben am 20.12.2012, veröffentlicht. Die letzte Änderung erfolgte im Amtsblatt Nr. 11/2023, ausgegeben am 22.12.2023.